

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 85

Müssen wir Angst vor der Zukunft haben?

Antworten eines
Wirtschaftspolitikers

von Anton Jaumann

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
4050 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Nach einer im Mai 1981 vorgenommenen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach wird die Stimmung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland immer düsterer. 41 % der Befragten blicken mit Befürchtungen, weitere rd. 31 % mit Skepsis in die Zukunft. Nur 23 % vertrauen sich, Hoffnung zu fassen und dies auch zu bekunden.

Das Institut schreibt weiter: Nur während des Koreakrieges 1950 und nach dem ersten Ölschock 1973 habe es ein ähnlich starkes Mißtrauen gegen die allgemeine zukünftige Entwicklung gegeben. Die Befragung mache deutlich, „in welchem Maße die Selbstgewißheit der Wirtschaftswunderkraft zusammengebrochen“ sei. Und Allensbach fragt, ob die Bundesrepublik nicht allmählich „Opfer der eigenen Depressionen werde?“

Für wachsende Zukunftsangst spricht auch die Tatsache, daß in der Politik immer häufiger von „Mut“ die Rede ist. Bundeskanzler Schmidt machte den „Mut zur Zukunft“ sogar zum offiziellen Motto einer Regierungserklärung. Es muß dies nachdenklich stimmen. Denn wenn besonders viel von Mut gesprochen wird, scheint Mutlosigkeit verbreitet zu sein.

1. Kein Leben ohne Zukunftsangst

Nun wäre es aber wohl unrealistisch, jede Zukunftsangst schlechthin zu beklagen. Es gehört zur normalen Existenz des Menschen, neben allen positiven Lebensempfindungen auch Angst zu empfinden: Angst vor Krankheit und Tod, vor materieller Not oder vor dem Verlust menschlicher Bindungen. Wer solche zeitweiligen Ängste überhaupt nicht kennt, ist wahrscheinlich psychisch nicht im Gleichgewicht: entweder ist er sich und seiner Umwelt gegenüber völlig gleichgültig und gefühllos oder aber seine Phantasie reicht nicht aus, die Gefahren und Risiken zu erkennen, die nun einmal jedes Leben begleiten.

Viele dieser Alltagsorgen konnten allerdings im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung erheblich reduziert werden. Die Industrialisierung hat es möglich gemacht, der materiellen Existenznot, etwa der Sorge um das tägliche Brot, aber z.B. auch einer Vielzahl von Krankheitsgefahren durch den Ausbau des Gesundheitswesens ihren Schrecken zu nehmen und ein immer dichteres Netz der sozialen Sicherung zu knüpfen.

Viele Zeitgenossen wollen das heute nicht wahrhaben. Sie tun so, als sei gerade die wirtschaftliche Entwicklung der Faktor, der dem Glück des Menschen entgegenstehe. Doch geschichtliche Tatsachen werden verdreht, wenn in Zusammenhang mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts oft so getan wird, als sei dadurch die „soziale Frage“ erst entstanden. Man idealisiert dabei in unzulässiger Weise die z. T. großen Lebensnöte in der vorindustriellen Epoche und verkennt völlig, daß erst die mit Arbeitsteilung und industrieller Fertigung verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität eine tragfähige wirtschaftliche Leistungsbasis schaffen konnte für fundamentale Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Menschen, die heute freilich den meisten selbstverständlich, allzu selbstverständlich erscheinen.

Technischer Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum sind also objektive historische Faktoren, die dazu beigetragen haben, den Menschen von wichtigen Alltagssorgen zu entlasten. Daß im Zuge dieser Entwicklung zugleich auch neue Probleme – etwa durch die Schädigung der Umwelt – entstanden sind, ist nicht zu bestreiten. Stellt man allerdings diese Nachteile den gewaltigen Vorteilen gegenüber, die nur durch die Industrialisierung möglich waren und die wir uns heute aus unserem Leben meist gar nicht mehr wegdenken können, so kann bei ehrlicher und gewissenhafter Abwägung eigentlich niemand am sozialen Gesamtnutzen dieser Entwicklung zweifeln. Auch sollten diejenigen, die heute so laut im Chor der Wohlstandskritiker mitsingen, nicht vergessen, daß die meisten der von ihnen beklagten Fehlentwicklungen ja nicht zwangsläufige Folgen des Wohlstandes sind, sondern vielmehr auf – auch bei Wohlstand! – vermeidbarem menschlichem oder politischem Fehlverhalten beruhen. Mehr Wohlstand bedeutet in der Regel mehr Gestaltungschancen, mehr Freiheit, damit aber auch mehr Verantwortung. Manches spricht dafür, daß die ethisch-moralische Verantwortungsbereitschaft des einzelnen nicht immer mit dem Wohlstandsbedingten Zuwachs an tatsächlicher Verantwortung Schritt gehalten hat. Aber wie dem auch sei – die „normale“ Zukunftsangst ist sicher nicht das eigentliche Thema, wenn heute ein Wirtschaftspolitiker auf die Frage antworten soll, ob man Angst vor der Zukunft haben muß. Gemeint ist vielmehr jener wachsende Zukunftspessimismus, der über die Normalität von Alltagssorgen deutlich hinausreicht.

2. Die „neuen Ängste“

Für die gegenwärtige Stimmungslage vieler Menschen erscheint mir charakteristisch, daß es jeweils ganz bestimmte Entwicklungs- und Veränderungstrends in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaft, Umwelt und Technik sind, die Angst verursachen. Hinzu kommen allerdings oftmals auch grundsätzliche Zweifel am Sinn der eigenen Existenz in dieser Gesellschaft.

a) Angst um den Frieden

Die weltpolitische Lage hat sich drastisch verschlechtert. Die heillose Kette mörderischer Anschläge, gerade gegen Persönlichkeiten, die sich um die internationale Verständigung, um den Ausgleich zwischen den Völkern und um den Frieden in der Welt besonders verdient gemacht haben, reißt nicht ab. Krisenhafte Zuspitzungen beobachten wir in vielen Teilen der Erde. Nicht nur wenn sie sich wie in Polen sozusagen vor unserer Haustür abspielen, spüren die Menschen stärker als bisher, daß sich daraus über Nacht tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebensumstände jedes einzelnen ergeben können.

Der Friede, der jahrzehntelang selbstverständlich war, ist wieder zum politischen Thema geworden. Allerdings ist unverkennbar, daß die neue Frie-

densbewegung diese latent vorhandene Angst der Menschen vor einem neuen Krieg nicht nur aufnimmt und politisch reflektiert, sondern daß die Sorge um den Frieden von manchen Gruppen sogar bewußt verstärkt und somit mißbraucht wird, um der Verwirklichung ganz anderer, ideologischer Ziele näherzukommen.

b) Angst um die wirtschaftliche Zukunft

Neben der allgemein-politischen ist auch die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik kaum geeignet, spontanen Zukunftsoptimismus auszulösen. Die Konjunktur schleppt sich so dahin, die Arbeitslosenzahlen steigen rapide und steuern scheinbar unaufhaltsam auf die 2-Millionen-Grenze zu. Die Woge der Betriebszusammenbrüche ist beträchtlich angestiegen; durch sie dürften allein im Jahr 1981 fast 300 000 Personen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Und derzeit sind keine Einflußfaktoren erkennbar, die den „Karren der Konjunktur“ bald wieder aus dem Sumpf ziehen könnten. Staatliche Stützungsmaßnahmen kommen entweder aus ökonomischen Gründen oder aber mit Rücksicht auf die Finanzmisere der öffentlichen Haushalte nur mittelfristig in Betracht. Und die aus der Wirtschaft selbst kommenden Stabilisierungsimpulse sind nach wie vor schwach. Zwar haben sich die deutschen Exporte unter dem Einfluß zeitweise sinkender DM-Wechselkurse gut gehalten, doch ein Zündfunke auf die Binnenwirtschaft ist gleichwohl noch nicht übergesprungen. Wie sollte er auch, wo sich die meisten anderen Industrieländer ebenfalls in einer Wirtschaftsflaute befinden. Und die im Rahmen des Europäischen Währungssystems Anfang Oktober 1981 erfolgte Aufwertung der Deutschen Mark um 5,5 % ist ja alles andere als eine Exportförderungsmaßnahme.

Schwerer noch als die konjunkturelle Schwäche wirken die mittel- und langfristigen, also die strukturellen Probleme. Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch, der vor allem die deutsche Volkswirtschaft mit erheblichen Belastungen konfrontiert und sie vor erhebliche Anpassungsprobleme stellt. Die Ölpreisexplosionen von 1973 und 1978 haben bei den Ölimportländern zu einem erheblichen Abfluß von Kaufkraft und Wohlstand geführt und überall in der Welt zu einer Verschärfung der Zahlungsbilanz- und Währungsprobleme beigetragen. Unter dem Druck ihrer defizitären Leistungsbilanz nehmen immer mehr Länder Zuflucht zu restriktiven Eingriffen, zu Beschränkungen ihrer Güterimporte. Davon ist gerade ein exportorientiertes Land wie die Bundesrepublik besonders betroffen.

Die aktuellen Schwächetendenzen in der Wirtschaft, die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die noch ungelösten strukturellen Anpassungsprobleme haben dazu geführt, daß die Zukunftserwartungen von Investoren und Verbrauchern sehr gedämpft sind. Das auf der Wirtschaft lastende Stimmungstief tritt in den regelmäßigen Konjunkturbefragungen, die das Münchner Ifo-Institut sowohl für das Bundesgebiet wie speziell auch für Bayern durchführt, sehr deutlich zutage.

c) Sorge um die politische Handlungsfähigkeit

Die bisher von seiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik getroffenen Maßnahmen haben es nicht vermocht, diese Stimmung wieder aufzuheben. Ganz im Gegenteil! Das verwirrende Hin und Her um den Bundeshaushalt 1982 hat nur weitere Unsicherheiten geschaffen und belastet seit dem vergangenen Sommer das psychologische Klima in der Bundesrepublik zusätzlich. Das reinigende Haushaltsgewitter, auf das die meisten Bürger innerlich durchaus eingestellt waren, ist ausgeblieben. Die Bundesregierung hat offensichtlich nicht die Kraft zu einer echten Trendwende aufgebracht, die zwar von einzelnen schmerzliche Opfer verlangt, dafür aber die Chance eines echten Neubeginns auf gesunder Basis eröffnet hätte. So haben die Bürger zu Recht den Eindruck, daß es im Grunde im alten Trott weitergeht und daß die anstehenden Probleme wieder einmal aufs nächste Jahr vertagt wurden, wo sie sich in verschärfter Form präsentieren werden. Was vor allem Sorge auslösen muß, ist die verstärkt zu beobachtende Entscheidungs- und Handlungsblockade innerhalb der Bonner Regierungsparteien. Hier geht es mir keineswegs um parteipolitische Polemik, sondern schlichtweg um die Tatsache, daß die ideologische Kluft zwischen den Koalitionspartnern eindeutig größer geworden ist und daß die Basis eines gemeinsamen Nenners, auf der man tragfähige Kompromisse aufbauen könnte, immer mehr abbröckelt. Das Motto „rien ne va plus – nichts geht mehr“ gilt für immer mehr Problembereiche, für den Abbau der Arbeitslosigkeit, die Haushaltskonsolidierung und die Verringerung der Staatsverschuldung ebenso wie für notwendige Entscheidungen in der Energiepolitik, für den Kampf gegen die Inflation, gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen oder die Lösung der Asylantenfrage. Für viele Menschen bleibt das bedrückende Gefühl, in einem Land zu leben, das zwar noch verwaltet, aber immer weniger regiert wird. Und das vor dem Hintergrund einer internationalen Szene, die unser Land ständig mit neuen Entscheidungsproblemen konfrontiert und ihm aktive und konstruktive Antworten abverlangen würde.

d) wachsende Orientierungslosigkeit

Das Gefühl wachsender Ohnmacht wird noch dadurch verstärkt, daß es dem Bürger immer schwerer gemacht wird, sich in der politischen Diskussion zu orientieren. Wie soll der einzelne aber auch wissen, was von bestimmten wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu halten ist, wenn beispielsweise der von der Bundesregierung offiziell berufene Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die „Fünf Weisen“) in seinem letzten Sondergutachten ein klares Konzept zur Haushaltssanierung vorlegt, dem das Bundeskabinett auch weitestgehend zustimmt, während gleichzeitig im SPD-Pressedienst das sog. Alternativgutachten linker Ökonomen mit lobenden Worten bedacht wird, in dem – vereinfacht ausgedrückt – genau das Gegenteil zu lesen ist?

Die Reihe solcher Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Sie hat dazu geführt, daß die Politik generell beim Bürger an Glaubwürdigkeit verloren hat und daß das Mißtrauen gegen politische Entscheidungen gewachsen ist. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch manchen Zweifel an der inneren Struktur und den Entwicklungstendenzen unserer Industriegesellschaft. Viele Menschen sind unsicher geworden und fragen sich, ob die Entwicklung der Welt nicht doch allmählich unseren Händen entgleitet und ob vor allem die wirtschaftliche Eigendynamik sich nicht letztlich doch gegen den Menschen und gegen das Gleichgewicht in der Natur richtet.

Und schließlich kommen noch Einflüsse hinzu, die tief im Psychologischen liegen, vor allem in der emotionalen Entfremdung gegenüber traditionellen Bindungen, etwa der Familie, oder in der Vereinsamung des einzelnen in der Massengesellschaft. Zusammengenommen hat dies alles dazu geführt, daß manch einer bereits die Gegenwart als fremd und feindselig empfinden und sie am liebsten verlassen möchte: „Stop the world, I want to get off!“ heißt es im Musical. „Gegenwartsflüchtigkeit“ nennt das die moderne Soziologie.

3. Zukunftsangst als politische Herausforderung

Nach dem Grundverständnis christlich sozialer Politik ist es zwar nicht Aufgabe des Staates oder der Politik, für das seelische Wohlbefinden des Menschen in allen seinen Lebenslagen zu sorgen. Für sie gilt vielmehr das Prinzip der Eigenverantwortung. Jeder Mensch soll zunächst einmal selbst dafür verantwortlich sein, wie und in welcher inneren Verfassung er seinen Mitmenschen und seiner Umwelt gegenübertritt. Staatliche und politische Hilfen sollen deshalb nur subsidiär eingreifen, also nur dann, wenn die Kräfte des einzelnen nachhaltig überfordert sind. Und auch dann sind Staat und Politik auf den engen Bereich begrenzt, in dem ihr Instrumentarium seiner Natur nach überhaupt wirksam werden kann. Und Zuversicht läßt sich gewiß nicht einfach verordnen.

Aber das heißt noch lange nicht, daß die Menschen in ihrer gestiegenen Zukunftsskepsis von der Politik alleingelassen werden sollen. Natürlich muß es das Ziel einer am Menschen orientierten Politik sein, dem einzelnen die Lösung seiner Berufs- und Lebensaufgaben nicht noch zu erschweren, sondern nach Kräften zu erleichtern.

Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß übersteigerter Pessimismus den Willen und die Fähigkeit des einzelnen behindert, seine Lebensbedingungen aktiv zu gestalten. Angst lähmt; sie beengt den Menschen, trübt seinen Blick für das, worauf es ankommt, und begünstigt damit Fehlentscheidungen. Angst vernichtet Zukunftschancen. Sie mindert die Vitalität einer Gesellschaft und schwächt ihr Reaktions- und Gestaltungsvermögen. Ein Übermaß an Zukunftssorge verleitet zudem zu kurzfristigem Aktionismus und verhindert die Orientierung an langfristigen Konzeptionen. Sie begünstigt es, daß sich Menschen, denen die Gegenwart fremd und lästig geworden ist, in ideologischen Scheinwelten einrichten.

Das aber wäre genau das Gegenteil von dem, was in der geschichtlichen Situation der Bundesrepublik Deutschland derzeit erforderlich ist, um die anstehenden nationalen und internationalen Probleme einer Lösung näherzubringen. Ich bin überzeugt, daß diese Probleme, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind, gelöst werden können, wenn es alle beteiligten Gruppen nur wollen und wenn sie sich entschieden um eine Lösung bemühen. Zwar hängt unsere Zukunft, hängen Frieden und Freiheit nicht nur vom Gang der Wirtschaft ab. Aber mehr wirtschaftliche Stabilität, ein höheres Leistungs-niveau, produktivere Arbeitsplätze und eine bessere Nutzung technischer Fortschrittmöglichkeiten – all das bedeutet zugleich auch mehr soziale Sicherheit, weniger soziale Spannungen, weniger Konfliktpotential und zugleich bessere Ausgangschancen zur Bewältigung politischer Krisen. Ohne der marxistischen Doktrin von der Dominanz der ökonomischen Verhältnisse folgen zu wollen, bin ich doch überzeugt, daß von einer florierenden, im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft eine „irenische“, also eine befriedende und stabilisierende Wirkung auf die Gesellschaft ausgeht.

Aber was kann man als Wirtschaftspolitiker dazu beitragen, daß die Bevölkerung wieder optimistischer und mit mehr Zuversicht in die Zukunft sieht? Der politische Auftrag, wie ich ihn verstehe, erfordert zunächst einmal ein stetiges Bemühen um mehr Orientierung, um mehr Klarheit und Wahrheit in der öffentlichen Diskussion. Es reicht nicht aus, sich nur pragmatisch mit den anstehenden Detailproblemen des Tages zu beschäftigen und darüber die geistige Konzeption, von der aus man Politik betreibt, zu vernachlässigen. Die Bürger müssen wissen, nach welchen Maßstäben, an welchen Werten politische Maßnahmen orientiert sind. Sie müssen auch wissen, aus welchen grundsätzlichen Überlegungen heraus bestimmten politischen Forderungen und Konzepten klar widersprochen werden muß.

Für ganz entscheidend halte ich in diesem Zusammenhang die kritische geistige Auseinandersetzung mit allen politischen „Rezepten“, die aus meiner Sicht bereits in ihrer Grundstruktur falsch sind. Das gilt sowohl für jene „Fluchtideologien“, die den Bürgern vorgaukeln, nur mit mehr Dirigismus, mehr Zukunftsplanung und mehr staatlichem Einfluß lasse sich die Zukunft sicherer machen. Und es gilt ebenso für solche Konzepte, die die Flucht nach rückwärts empfehlen, den Ausstieg aus der Industriegesellschaft propagieren und den Bürgern etwa vom „Nullwachstum“ die Lösung aller ihrer Probleme versprechen.

4. Sicherheit durch Zukunftsplanung?

Gewissermaßen die „Flucht nach vorn“ empfehlen jene Gruppen, die sich dafür einsetzen, die Zukunft durch institutionalisierte wissenschaftliche Prognosen und demokratische Zielplanung an die Kette staatlicher Lenkung zu legen. Eine auf diese Weise gebändigte und kontrollierte Zukunft würde – so versprechen ihre Befürworter – ein hohes Maß an Sicherheit bieten und damit die Menschen von mancher Zukunftsangst entlasten.

Dieser Vorschlag hat allerdings nur dann einen Sinn, wenn mindestens zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Zum einen müssen die vorhandenen Prognoseinstrumente tatsächlich ausreichen, um die Zukunft weitestgehend durchsichtig zu machen, und zum anderen muß das zur Verfügung stehende staatliche Steuerungsinstrumentarium wirksam genug sein, um die Wirklichkeit im Sinne der Zielvorgaben zu verändern.

Beide Voraussetzungen aber treffen nicht zu. Trotz ständiger Verbesserungen und Verfeinerungen der vorhandenen Projektionsmodelle ist die Treffsicherheit der Zukunftsvorhersagen nicht wesentlich besser geworden. Denn bei den üblichen Projektionsmodellen, die nur die gegenwärtige Situation unter bestimmten Veränderungen für die Zukunft fortschreiben, wird das eigentliche Prognoseproblem lediglich auf die zugrunde gelegten Annahmen verlagert. Die Vorhersage wirklich neuer, „unerwarteter“ Entwicklungen ist also damit prinzipiell nicht möglich. Deshalb reiht sich auch in der Vergangenheit Fehlprognose an Fehlprognose.

Und bei den staatlichen Gestaltungsinstrumenten sieht die Lage nicht besser aus. Man nehme nur die wiederholten Versuche der Bundesregierung in den 70er Jahren, mit staatlichen Sonderprogrammen die Konjunktur wieder auf Schwung zu bringen.

Rund 40 Milliarden DM wurden zusätzlich in den volkswirtschaftlichen Kreislauf gepumpt, ohne daß die erhoffte Wirkung eingetreten wäre. Auch ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit wurde nicht erreicht. Dies zeigt: Der Staat hat zwar zahlreiche Möglichkeiten, gewisse Entwicklungstrends in der Wirtschaft zu bremsen oder zu verstärken, aber er ist nicht in der Lage, den Wirtschaftsprozeß völlig unter sein Kommando zu zwingen.

Das kann er zumindest solange nicht, als der Wirtschaftsprozeß von Menschen gestaltet wird, die in ihren Entscheidungen frei sind. Jede Politik, die sich zu den Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bekennt, muß daher auf die engen Grenzen staatlicher Planung Rücksicht nehmen und daraus für ihre weiteren Strategien die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Das heißt natürlich nicht, daß man auf Planung überhaupt verzichten sollte. Allgemeine Planlosigkeit schafft erst recht Unsicherheit und fördert das Entstehen von Zukunftsangst. Jedes Unternehmen, ja jeder Privathaushalt, muß ein bestimmtes Maß an Zukunftsplanung betreiben. Aber diese Planungen müssen, sollen sie sinnvoll bleiben, realistisch sein und dort enden, wo sie mit anderen autonomen Planungen in Konflikt geraten.

Auch der Staat muß natürlich – zumal in den Bereichen, in denen er allein zuständig ist – Planungen erstellen, in denen alle Zukunftseinflüsse berücksichtigt werden, die zum Zeitpunkt der Planung absehbar sind. Aber diese Planung muß zur Zukunft hin offenbleiben, d. h. sie muß auf neuere Entwicklungen reagieren und diesen angepaßt werden können.

Staatliche Eingriffe sind aber dort fehl am Platze, wo der Steuerungsprozeß des Marktes nachweisbar zu besseren Ergebnissen führt. Dies gilt vor allem für die zahlreichen Versuche, durch öffentliche Hilfsprogramme für bestimmte Branchen den Strukturwandel aufzuhalten. Diese Form der staatlichen Sektoralplanung hat sich als völlig untauglich erwiesen, die Anpas-

sungsprobleme langfristig zu lösen. Im Gegenteil. Lenkende Eingriffe ziehen in der Regel neue staatliche Korrekturmaßnahmen nach sich und verfälschen auf diese Weise den Marktprozeß immer stärker – zu Lasten der Produktivität, zu Lasten der Leistung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, zu Lasten letztlich auch der Arbeitsplätze.

Das Rezept „Mehr Zukunftssicherheit durch mehr staatliche Planung“ ist also eindeutig ein Holzweg. Was der Staat allein bieten kann, ist die Pseudosicherheit staatlich zugesagter Verteilungsansprüche. Und was von dieser Sicherheit in Krisenzeiten übrigbleibt, haben wir bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1982 gesehen. Um diesen Haushalt überhaupt finanzieren zu können, war es unerläßlich, mit dem Rotstift auch in sogenannte Leistungsgesetze einzugreifen. Der Staat hat sich verplant, er hat seine Einnahmen und Ausgaben falsch vorausgeschätzt, und als Konsequenz muß er nunmehr gesetzlich gegebene Zusagen wieder rückgängig machen. Mit dieser Pseudosicherheit ist den Menschen nicht gedient.

5. Flucht in die Nostalgie?

Je mehr sich die Flucht nach vorn unter dem angeblichen Schutz staatlicher Planung als Holzweg erweist, desto attraktiver erscheint manchem die nostalgische Rückkehr zum angeblich einfachen Leben früherer Jahre. In diesem Zusammenhang wird die Forderung erhoben, die industrielle Entwicklung bewußt zu stoppen, das Räderwerk des wirtschaftlichen Wachstums gezielt anzuhalten und aus den bisherigen Lebens- und Entwicklungstrends „auszusteigen“. Diese Forderung wird meist mit der Behauptung gestützt, weiteres Wirtschaftswachstum sei aus zunehmendem Rohstoffmangel weder möglich noch aus Umweltgründen vertretbar und in einer Wohlstandsgesellschaft ohnehin unnötig.

a) Wachstumsgrenze Rohstoffe?

Die These von den rohstoffbedingten „Grenzen des Wachstums“ hat sich ja bekanntlich der Club of Rome zu eigen gemacht. Dahinter steht die Sorge, daß eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung zwangsläufig an die ehernen Grenzen der vorhandenen Rohstoffvorräte stoße und somit geradezu naturgesetzlich zum Scheitern verurteilt sei.

Diese Überlegungen mögen richtig sein, wenn man frühere oder die derzeitigen Verbrauchsstrukturen einfach linear über das Jahr 2000 hinaus in die Zukunft verlängert. In der Tat ist dann bei jedem Rohstoff irgendwann einmal der Punkt erreicht, wo der vorhandene Vorrat aufgebraucht ist. Aber hier zeigt sich gerade, wie sehr unrealistische Hypothesen in die Irre führen können.

Wachstum vollzieht sich vor allem in einer Marktwirtschaft als dynamischer Prozeß. Was als Rohstoff Verwendung findet, hängt nicht nur von der natürlichen Verwertbarkeit eines Stoffes, sondern auch von seinem Preis ab.

Steigt aber der Preis eines Rohstoffes, weil dieser Rohstoff knapper wird oder weil neue Lagerstätten erschlossen werden müssen, die schwieriger abzubauen sind, so setzt bei funktionierenden Marktbedingungen ein Substitutions- und Umstrukturierungsprozeß ein, der dazu führt, daß der verteuerte Rohstoff nur noch in geringerem Maße oder aber überhaupt nicht mehr eingesetzt wird. Gleichzeitig werden neue Techniken entwickelt und genutzt, die mit billigeren Rohstoffen arbeiten oder gar ganz neue Rohstoffe erschließen. Beispiele dafür sind etwa der Ersatz des traditionellen Kupferkabels durch die Glasfasertechnik, die Entwicklung der Mikroelektronik auf der Basis von billigstem Silizium (Sand!) oder auch der derzeitige Umstellungsprozeß im Energiebereich, der durch die Preisanhebung des OPEC-Kartells ausgelöst worden ist. Dieser nach den jeweiligen Marktbedingungen ausgerichtete dynamische Wachstumsprozeß ist prinzipiell auch in Zukunft möglich.

b) Wachstumsgrenze Umwelt?

Weiteres Wirtschaftswachstum – so vermuten manche Wachstumsgegner – könnte aber dann problematisch werden, wenn es zwangsläufig mit existenzgefährdenden Umweltschäden verbunden ist. Gerade diese Zwangsläufigkeit ist aber nicht gegeben. Die meisten Umweltschädigungen sind technisch vermeidbar. Es kommt deshalb darauf an, daß der Einsatz solcher Umwelttechniken auch finanziert werden kann. Gerade unter diesem Gesichtspunkt würden sich aber die Umweltschützer, die prinzipiell gegen weiteres Wirtschaftswachstum sind, geradezu den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Denn nur eine voll leistungsfähige, sich zügig weiterentwickelnde Volkswirtschaft kann den immer teurer werdenden Umweltschutz finanzieren und auch jene Aufwendungen tragen, die für weitere technische Fortschritte im Bereich des Umweltschutzes erforderlich sind.

c) Alternative „Nullwachstum“?

Weiteres Wirtschaftswachstum ist außerdem dringend notwendig. Denn was bedeutet wirtschaftliches Wachstum in der Praxis? Doch nichts anderes als das tagtägliche Bemühen der Wirtschaft, ihr Leistungsergebnis zu verbessern, ihre Kosten zu senken, energie- und rohstoffsparende Produktionsverfahren zum Einsatz zu bringen und umweltfreundliche Produkte zu entwickeln. Wer dieses alltägliche Bemühen der Unternehmen um technische und wirtschaftliche Fortschritte politisch unterbinden will, der spricht letztlich das Todesurteil für eine Wirtschaft, die damit ihren Platz im internationalen Leistungswettbewerb freiwillig räumen würde. Ein umfassender wirtschaftlicher Verfallsprozeß wäre dann unausweichlich. Insoweit ist es auch ein Trugschluß zu glauben, Wachstumsstop bedeute lediglich, daß der bisherige Wohlstand auf dem derzeit erreichten Niveau eingefroren würde. Ein Großteil unserer Wirtschaft lebt ausschließlich von Forschung, Entwicklung

und technischen Neuerungen. Bewußter Wachstumsstopp auf Dauer müßte daher rapiden Rückgang des Wohlstandes, Zusammenbruch der sozialen Sicherheit und Verlust der politischen Stabilität bedenken. Also auch unter diesem Gesichtspunkt gibt es keine politisch vertretbare Alternative zu einer sich weiterentwickelnden, wachsenden Wirtschaft.

Gegenwärtig erleben wir, wie selbst eine zeitweilige Wachstumsschwäche die Finanzpolitiker dazu zwingt, die öffentlichen Haushalte und damit auch Einkommensbestandteile der meisten Mitbürger zusammenzuziehen. Ein dauerhafter Wachstumsstopp würde natürlich all diese Probleme nur noch potenzieren. Wir müßten der Zukunft und ihren Aufgaben praktisch mit leeren Händen entgegentreten.

Schon jetzt sind aber eine Fülle von zusätzlichen Finanzierungsaufgaben erkennbar, die auf Staat und Wirtschaft in den kommenden Jahren zusätzlich zukommen. Ich nenne als Beispiele nur die wachsenden Defizite der Bundesanstalt für Arbeit, die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung, die Kostenerhöhungen im Gesundheitswesen, die steigenden Aufwendungen für unsere Verteidigung, für internationale Organisationen sowie für die Dritte Welt.

Wer also die Flucht in die Vergangenheit empfiehlt, der steckt vor all diesen Herausforderungen den Kopf in den Sand. Dann hätten die Menschen wahrlich Anlaß, sich vor der Zukunft zu fürchten.

6. Mehr Orientierung durch politische Führung

Nach den bisherigen Überlegungen dürfte klar sein, daß unsere Gesellschaft ihre Probleme sicher nicht durch Gegenwartsflucht, sei es in die Zukunft, sei es in die Vergangenheit, sondern nur dadurch lösen kann, daß sie sich mit Blick auf die Zukunft den Gegenwartsproblemen bewußt stellt und sie aktiv angeht. Wir können ferner davon ausgehen, daß die anstehenden Probleme im Bereich des Arbeitsmarktes, der Energie- und Rohstoffversorgung, des Umweltschutzes oder der öffentlichen Haushalte prinzipiell lösbar sind. Gemessen an dem, was die deutsche Volkswirtschaft bereits in der Vergangenheit, etwa im Zuge des deutschen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, bewältigt hat, sind die gegenwärtigen Probleme ihrer Natur nach eher leichter zu lösen. Und schließlich können wir davon ausgehen, daß die Zukunft prinzipiell offen ist, daß es also nicht, wie der Marxismus behauptet, geschichtliche Zwangsläufigkeiten und Gesetzmäßigkeiten gibt, denen wir nicht entrinnen können. Wir sind von der Geschichte geprägt, aber wir haben unsere Zukunft selbst zu verantworten.

Dieser Verantwortung wird allerdings nur eine ehrliche Politik gerecht, die die wirklichen Probleme beim Namen nennt und den Bürgern in verständlicher Sprache erläutert, worum es letztlich geht. Man kann schlecht von den Wählern ein Mitdenken und politische Unterstützung verlangen, wenn man es nicht fertigbringt, ihnen die Bedeutung eines Problems und die in Frage kommenden Alternativen auch wirklich nahe zu bringen.

Politik muß wieder mehr Glaubwürdigkeit gewinnen, etwa dadurch, daß sie die Probleme realistisch anspricht, also weder die Diskussion durch unnö-

tige Dramatisierung anheizt, noch den Versuch macht, aus Problemen „Problemchen“ zu machen. In der Rentenfrage oder bei der Staatsverschuldung ist diese Verharmlosung leider allzu lange betrieben worden. Heute fragen die Bürger zurecht, wie man denn einer Regierung zutrauen soll, daß sie auch in unerwarteten, schwierigen Situationen das Richtige tut, wenn sie es nicht einmal fertigbringt, Fehlentwicklungen, die sich seit mehr als zehn Jahren abzeichnen und vor denen immer wieder gewarnt wurde, in den Griff zu bekommen.

Notwendig ist auch mehr Klarheit und Kontinuität in der Politik. Es war ein schlechtes Beispiel und schadet dem Ansehen der Politik insgesamt, was gegenwärtig z. B. in der Familienpolitik geschieht. Noch vor der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980 hatte man das Kindergeld um rd. 2 Milliarden DM aufgestockt. Nun, gerade ein Jahr später, sollen davon mindestens 1,5 Milliarden DM wieder eingesammelt werden. Solche Inkonsequenz zeugt eher vom Einfluß des Zufalls als vom Vorhandensein eines längerfristigen Konzepts, das echte Prioritäten erkennen läßt.

Gerade auf solche Prioritäten kommt es in Zukunft mehr denn je an. In schwierigen Zeiten, in denen die öffentlichen Mittel knapp werden, muß man sich mehr denn je darauf besinnen, das Vorhandene so wirksam wie möglich einzusetzen. Das geht nur, wenn eindeutige Schwerpunkte gesetzt werden.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß in den kommenden Jahren dieses Jahrzehnts die Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsbasis oberste Priorität haben muß. Das darf nicht mißverstanden werden als eine Verabsolutierung ökonomischer Interessen. Die Wirtschaft ist sicherlich nicht alles. Aber ohne eine intakte Wirtschaft sind nun einmal alle anderen gesellschaftlichen Bereiche letztlich auf Sand gebaut.

Zur politischen Führung im guten Sinn gehört aber auch, daß die Politiker nicht versuchen, sich bei unangenehmen Fragen aus der Verantwortung zu mogeln. Es ist doch ein Ärgernis, daß in immer stärkerem Maße politische Entscheidungen verschoben oder vermieden werden, indem man sie Gutachtern, Obergutachtern und der Rechtsprechung überläßt, obwohl allgemein bekannt ist, daß sich heute praktisch jede politische Auffassung in irgendeiner Form „wissenschaftlich“ bestätigen läßt.

Ich halte es für eine gravierende politische Fehlentwicklung in der Bundesrepublik, daß man zwar die staatliche Einflußnahme auf Kosten und zu Lasten privater Initiative und Eigenverantwortung immer weiter ausgedehnt hat, dafür aber die wirklich politische Verantwortlichkeit in den entscheidenden Grundsatzfragen weitestgehend vernachlässigt. Diese verzerrte Verantwortungsstruktur ist unter wirtschaftlichen wie unter politischen Gesichtspunkten gleichermaßen bedrohlich. Statt den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft entsprechend eine breite marktwirtschaftliche Grundordnung mit einem, freilich auf bestimmte Funktionen beschränkten starken Staat zu sichern, sind wir auf dem Wege zu einer immer stärkeren Aushöhlung der Marktwirtschaft und zu einem allgegenwärtigen, aber schwachen Staat. Wo Entscheidungen nötig wären, kommen, wenn überhaupt etwas geschieht, häufig nur noch ungeeignete Kompromisse heraus,

nämlich Kompromisse, in denen die Forderungen möglichst aller Gruppen berücksichtigt sein sollen – nach Maßgabe der Lautstärke, mit der diese Forderungen in den Medien reflektiert werden.

Diese Tendenz darf sich nicht fortsetzen. Eine Trendwende allein von den Politikern zu fordern und zu erwarten, wäre allerdings auch kaum realistisch. Zur sogenannten Gefälligkeitsdemokratie gehören ja immer zwei Seiten. Neben den Politikern auch immer die, die nur bei angenehmen Maßnahmen Beifall klatschen und bei dem geringsten Anlaß gleich ein großes Protestgeschrei erheben. Notwendig ist also auch die Bereitschaft des Bürgers, für ihn schmerzliche politische Entscheidungen, wenn er sie einmal als richtig erkannt hat, zu akzeptieren und mitzutragen.

7. Mehr Sicherheit durch mehr Marktwirtschaft

Unsere wirtschaftliche Sicherheit beruht wesentlich auf der Bereitschaft, jene Unsicherheiten in Kauf zu nehmen, die sich zwangsläufig aus jeder marktwirtschaftlichen Ordnung ergeben. Etwas überzogen formuliert könnte man die Marktwirtschaft geradezu als „institutionalisierte Unsicherheit“ bezeichnen. Denn, wo der Leistungswettbewerb und der Steuerungsmechanismus der Marktpreise funktionieren, da werden wirtschaftliche Marktpositionen ständig in Frage gestellt. Es gibt kein Ausruhen auf Lorbeeren der Vergangenheit. Leistung muß sich immer wieder erneut gegenüber den Konkurrenten bewähren. Unrentable Arbeitsplätze haben keinen Bestand; sie werden durch produktivere Arbeitsplätze an anderer Stelle ersetzt. Sogenannte Grenzgebiete scheiden im Strukturwandel aus, dafür entstehen neue Unternehmenseinheiten an anderer Stelle der Volkswirtschaft.

Gerade in diesem ständigen Regenerationsprozeß der Marktwirtschaft, in ihrer Fähigkeit, sich flexibel und rasch an neue Gegebenheiten anzupassen, liegt der wesentliche Vorteil dieses Systems. Nur auf diese Weise ist es der Wirtschaft möglich, sich auch auf unerwartete Entwicklungen rasch einzustellen, ihr Produktivitätsniveau zu steigern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Es ist jedoch unverkennbar, daß die Bereitschaft des einzelnen zur Übernahme marktwirtschaftlicher Risiken abgenommen hat; der marktwirtschaftliche Ordnungsgedanke hat in der Bundesrepublik faktischen Einfluß verloren:

- Durch überzogenes Sicherheitsstreben des einzelnen, durch den Aufbau und die hartnäckige Verteidigung von Besitzständen,
- durch die zu beobachtende sinkende Bereitschaft, wirtschaftliche Wagnisse und unternehmerisches Risiko einzugehen und Verantwortung zu übernehmen,
- durch ein steigendes Gewicht des Staates innerhalb unserer Volkswirtschaft (Staatsanteil 47 %),
- durch die zunehmende Tendenz direkter lenkender Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozeß, sowohl zur Stützung von Branchen, die sich in

Schwierigkeiten befinden, als auch zur dirigistischen Steuerung privater Initiativen im Bereich von Forschung und Entwicklung.

Auch hier ist ein Kurswechsel unerlässlich. Es muß klar werden, daß Zukunftssicherheit letztlich nur auf eigener Leistung, nicht aber auf staatlicher Verteilung beruhen kann. Die beste Voraussetzung für ein hohes gesamtwirtschaftliches Leistungsniveau ist aber gerade die Marktwirtschaft. Sie stellt das weitaus leistungsfähigste Informations-, Steuerungs- und Koordinierungssystem dar, wo es um das Ziel geht, das volkswirtschaftliche Leistungspotential einer möglichst produktiven Verwendung zuzuführen. Mit dieser Formulierung will ich ganz bewußt das Mißverständnis vermeiden, die Marktwirtschaft solle gewissermaßen zum alleinseligmachenden Universalprinzip für alle Lebenslagen erhoben werden. In vielen Bereichen des menschlichen Lebens hat weder die Wirtschaft noch die Marktwirtschaft etwas zu suchen. Aber sie soll dort dominieren, wo sie nachweisbar zu besseren Ergebnissen führt. Und diese Überlegenheit besteht ohne Zweifel dort, wo es darum geht, die millionenfachen wirtschaftlichen Entscheidungen von Produzenten, Verbrauchern und Investoren zu integrieren, den Bedarf richtig zu ermitteln, die Produktionskapazitäten dem sich ständig ändernden Bedarf anzupassen und die Verteilung der Güter- und Dienstleistungen in zeitlicher, regionaler und sektoraler Hinsicht zu steuern.

Die damit verbundenen vielfältigen Informations-, Organisations- und Abstimmungsprobleme integriert der Marktprozeß in einem simultanen Vorgang. Wo es also um hohe Produktivität, um rasche Anpassungsfähigkeit und um wirtschaftliche Entscheidungen bei unsicheren Zukunftsaussichten geht, da ist die Marktwirtschaft allen anderen konkurrierenden Organisationsprinzipien – etwa der bürokratischen Lenkung – haushoch überlegen. Nun mag man einwenden, die Marktwirtschaft führe leicht zu Ergebnissen, die politisch bzw. sozial nicht erwünscht seien. Dieser Vorwurf mag auf ein rein kapitalistisches Wirtschaftssystem („Manchester-Liberalismus“) zutreffen; im Hinblick auf die Soziale Marktwirtschaft halte ich ihn für völlig ungerechtfertigt. Denn gerade die Soziale Marktwirtschaft verpflichtet ja den Staat, durch eine gezielte Rahmgestaltung solchen unerwünschten Marktergebnissen vorzubeugen.

- Deshalb gibt es eine staatliche Sozialpolitik, die eine umfassende Umverteilung zugunsten der sozial Schwächeren vornimmt;
- deshalb gibt es eine staatliche Wettbewerbspolitik, die darüber wachen soll, daß Marktmacht nicht mißbraucht wird;
- deshalb werden staatliche Normen für den Umweltschutz vorgegeben;
- deshalb haben staatliche Regionalpolitik und öffentliche Mittelstandsförderung einen festen Platz in unserer Wirtschaftsordnung.

Vor allem aber ist der Vorwurf unberechtigt, die Marktwirtschaft führe zwangsläufig zu steigender Arbeitslosigkeit. Denn daß wir gegenwärtig in der Bundesrepublik eine anhaltende Millionenarbeitslosigkeit mit steigender Tendenz haben, beruht gerade nicht auf einem Versagen der Marktwirtschaft, sondern im Gegenteil darauf, daß man sie daran hindert, wirksam zu werden.

- Eine jahrzehntelang betriebene einseitige Bildungspolitik versuchte der Jugend zu suggerieren, ihr Heil läge allein in der akademischen Ausbildung. Die Folge: Immer mehr Hochschulabsolventen haben Schwierigkeiten, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, während auf der anderen Seite ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern festzustellen ist. Hätten sich mehr Menschen in ihrer Berufswahl an den tatsächlichen Marktverhältnissen orientiert, hätten z.B. mehr Jugendliche einen aussichtsreichen handwerklichen Beruf ergriffen, dann wäre der Arbeitsmarkt heute sicherlich sehr viel weniger verzerrt.
- Eine einseitig an Umverteilungsgesichtspunkten orientierte Tarifpolitik hat tendenziell zu einer Einkommensnivellierung geführt und dabei vor allem gering qualifizierte Tätigkeiten weit überdurchschnittlich verteuert. Die Löhne gerade kaum oder gar nicht ausgebildeter Arbeitskräfte sind schneller gestiegen als ihre Produktivität. Die Folge: Gerade in diesen Qualifikationsschichten hat sich eine besonders hartnäckige, strukturelle Arbeitslosigkeit herausgebildet. Kein Arbeitsplatz kann auf Dauer Bestand haben, wenn er ständig mehr kostet, als er an Leistung erbringt. Hätte man dieses „Marktgesetz“ in der Tarifpolitik stärker berücksichtigt, wäre die Zahl der Arbeitslosen heute sicherlich geringer.
- An Arbeitsplätzen fehlt es heute schließlich auch deshalb, weil sich die allgemeinen Investitionsbedingungen seit Beginn der 70er Jahre eindeutig verschlechtert haben. Und Investitionen sind nun einmal in einer Marktwirtschaft das entscheidende Mittel, um moderne Produktionsanlagen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. Hätte man in den 70er Jahren eine weniger marktwirtschaftsfeindliche, investitionsbehindernde Finanzpolitik betrieben, wäre die dadurch ausgelöste Investitionslücke nicht entstanden und dann könnte auch die heutige Arbeitsmarktsituation deutlich günstiger sein.

Daraus sollten endlich die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Wir wissen doch genau, daß sich die heutigen Probleme des Arbeitsmarktes durch das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge bei uns noch weiter verschärfen werden. Steigende Arbeitslosigkeit bedeutet wachsende menschliche Probleme.

Aber davon einmal ganz abgesehen ist schon eine Statistik, die Monat für Monat Millionenarbeitslosigkeit mit steigender Tendenz aufweist, ein politisches Problem erster Ordnung.

Wir können und wir müssen, wenn wir unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung erhalten wollen, den Beweis erbringen, daß die Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung ist, die jeden Leistungswilligen brauchen kann und auch braucht. Als Voraussetzung dafür muß die Wirtschaft freilich wirtschafts- und finanzpolitische Bedingungen, insbesondere auch Ertragsbedingungen vorfinden, die es ihr in ausreichendem Umfang ermöglichen, in neue Arbeitsplätze und neue Investitionsanlagen zu investieren.

Zukunftssicherung heißt also: Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Dazu müssen, wie in Bayern bereits geschehen, auch Initiativen ergriffen werden, um das Verwaltungsdickicht zu lichten und staatliche Vorschriften zu beseitigen, die in der Sache wenig bringen, sondern nur die

Wirtschaft behindern. Und es muß bei den staatlichen Ausgaben konsequent gespart werden, um der weiteren Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung entgegenzuwirken. Streichungen sollten vor allem bei solchen Subventionen vorgenommen werden, durch die der Staat ohne ordnungspolitische Rechtfertigung direkt lenkend in den Marktprozeß eingreift. Und wir brauchen ein Steuersystem, das den Fleißigen nicht bestraft, sondern Eigeninitiative und berufliches Engagement begünstigt.

Aber auch hier ist es mit politischen Reformen allein nicht getan. Eine Wirtschaftsordnung wird sich auf Dauer nur behaupten, wenn sie auch in den Herzen der Menschen verankert ist. Das aber bedeutet: Wir müssen wieder stärker die Jugend für die Marktwirtschaft gewinnen. Was will unsere Jugend? Sie will ein möglichst breitgefächertes Berufsspektrum, gute Aufstiegschancen, echte Verantwortung, möglichst viel persönliche Freiheit, einen besseren Zugang zum unmittelbaren Leistungserlebnis und weniger bürokratische und staatliche Bevormundung. Für all das aber bietet die Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen.

Die Soziale Marktwirtschaft, die ja auch dem Bedürfnis vieler Jugendlichen nach ethischer Orientierung entgegenkommt, könnte man geradezu als die Wirtschaftsordnung der Jugend bezeichnen, weil sie ihr nämlich die Zukunft wie keine andere Wirtschaftsordnung offenhält, weil sie die Gestaltung dieser Zukunft den Menschen selbst und nicht den staatlichen Funktionären überträgt und weil sie jeden einzelnen fordert und allen, auch den Jugendlichen, ein erhebliches Maß an Zukunftsverantwortung aufbürdet. Es muß klar gemacht werden, daß es bei der Verteidigung der Marktwirtschaft um die ureigensten Interessen der nachfolgenden Generationen geht. Wenn das gelingt, dann können wir auch in Zukunft auf die Marktwirtschaft bauen und haben wir einen Grund mehr, der Zukunft zuversichtlich entgegenzugehen.

8. Zukunftssicherung durch Investitionen und wirtschaftlich-technischen Fortschritt

Die Investitionen sind das A und O der Wirtschaft. Ohne Investitionen kann die Wirtschaft keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Ohne Investitionen gibt es keine Umstrukturierung und keinen technischen Fortschritt. Gerade als rohstoffarmes Exportland sind wir aber darauf angewiesen, die in neuen technischen Entwicklungen liegenden Produktivitätschancen zu nutzen.

Das Vordringen Japans auf wichtigen deutschen und internationalen Märkten zeigt, wie schnell ein hochindustrialisiertes Land von stärkeren Mitkonkurrenten überflügelt werden kann. Es ist daher unerläßlich, unsere Produktivitätsreserven bewußt und gezielt zu aktivieren, um trotz unserer hohen Arbeitskosten auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Vor allem aber müssen die Möglichkeiten des technischen Fortschritts konsequent wahrgenommen werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht ins Hintertreffen geraten soll. Speziell bei der Anwendung von Mikroprozessoren – der entscheidenden Schlüsseltechnologie der 80er Jahre – muß verlorener Boden gutgemacht werden. Ängste vor dem technischen Fort-

schritt, die zweifellos vorhanden sind, müssen durch Information, durch Argumente überwunden werden. Dies gilt vor allem im Hinblick auf unsere Jugend.

Gerade der bereits erwähnte partielle Wettbewerbsvorsprung der Japaner in einigen Bereichen beruht ja nicht nur auf der höheren Arbeitsleistung japanischer Arbeitnehmer, wie oft fälschlicherweise zu hören ist. Viel mehr schlägt zu Buche, daß dort die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze in wichtigen Industriezweigen höher ist als bei uns, daß die japanischen Unternehmen also stärker und besser ausgerüstet sind mit hochautomatisierten, modernsten Maschinen und Produktionsanlagen. Hier gilt es auch bei uns anzusetzen. Denn was Japan kann, das können wir prinzipiell auch. Mehr Produktivität ist wichtig; ebenso wichtig ist, verstärkt auf sogenannte „intelligente Güter“ zu setzen, auf Güter also, die einen hohen Einsatz an Forschung und Entwicklung und an hochqualifizierter Arbeit erfordern. Denn es ist abzusehen, daß bei technischen einfachen Standardgütern, insbesondere solchen mit höherem Lohnkostenanteil, im Zuge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung vor allem die Schwellenländer in Asien und Lateinamerika höhere Marktanteile übernehmen werden. Deshalb müssen wir unsere Produktion auf solche Bereiche verlagern, in denen wir technisch überlegen sind, und in denen wir unseren einzigen Wettbewerbsvorteil, nämlich das hohe Qualifikationsniveau unserer Bevölkerung sowie das Forschungs- und Entwicklungspotential unserer Wirtschaft und unserer Hochschulen, voll zur Geltung bringen können.

Zukunftsentscheidend ist sicherlich die private Investitionstätigkeit; daneben hat aber natürlich auch die öffentliche Investitionstätigkeit große Bedeutung. Umso bedenklicher ist es, daß bei den öffentlichen Sparmaßnahmen, die unter dem Stichwort der Haushaltskonsolidierung beschlossen wurden, oftmals der Weg des geringsten Widerstandes gegangen wurde. D. h., dem Rotstift sind gerade wichtige Investitionen und Investitionsfördermittel zum Opfer gefallen.

Das ist vom Ansatz her falsch. Gerade in kritischen Zeiten müssen die Investitionen gestärkt werden – ganz davon abgesehen, daß durch Investitionskürzungen die öffentlichen Haushalte gewiß nicht wieder ins Lot zu bringen sind. Es führt kein Weg daran vorbei, daß eine wirksame Eingrenzung der öffentlichen Ausgaben nur über Kürzungen im sogenannten konsumtiven Bereich zu bewerkstelligen ist. Das ist gewiß sehr schwierig und auch unpopulär. Aber die öffentlichen Haushalte sind nun einmal so tief in die Sackgasse hineingeraten, daß ohne schmerzhaftes Notoperation keine wirkliche Lösung mehr möglich ist.

Im Zusammenhang damit muß auch überlegt werden, wie das kostspielige Abgaben- und Steuersystem, das bei den Bürgern zu Recht so viel Verdrossenheit gegenüber Staat und Politik verursacht, grundsätzlich reformiert werden kann. Gerade hier liegen enorme Einsparmöglichkeiten. Es ist einfach wirtschaftlicher Unfug, zahllose staatliche Stellen nur damit zu beschäftigen, dem Bürger das Geld in die eine Tasche hineinzustecken und gleichzeitig aus der anderen Tasche wieder herauszuziehen. Es ist keine Übertreibung, sondern durch wissenschaftliche Untersuchungen nachge-

wiesen, daß die durch staatliche Zuwendungen begünstigten Gruppen zum guten Teil diese Zuwendungen mit ihren eigenen Steueraufwendungen finanzieren müssen.

Wachstums- und Zukunftssicherung verlangen schließlich auch eine wirk-
same Vorsorgepolitik des Staates. Das gilt z. B. für den Bereich der Roh-
stoffversorgung, vor allem aber für den beschleunigten Ausbau der Kern-
energie. Gerade in diesem Bereich ist durch die Politik der „Optionen“
wertvolle Zeit vertan worden, die praktisch nicht mehr aufzuholen ist. Es
wird die Verbraucher Millionen um Millionen kosten, daß wir auch in den
kommenden Jahren voll das teure OPEC-Öl beziehen müssen, statt auf die
billigere Kernenergie ausweichen zu können. Dabei müßte schon lange die
inzwischen weitgehend geklärte Frage der technischen Sicherheit und
Umweltverträglichkeit solcher Anlagen kein Hinderungsgrund mehr sein.

9. Gesinnungswandel unerlässlich – Zukunft in unserer Hand

Politik vermag manches, aber in einer freiheitlichen Gesellschaft ist sie
immer auf die aktive Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Entschei-
dend ist also am Ende immer der Mensch – sein Verhalten, seine Einstel-
lung, seine Gesinnung.

Zur Lösung der Aufgaben, die in den 80er und 90er Jahren auf uns zukom-
men, brauchen wir einen Gesinnungswandel. Einen Gesinnungswandel, der
geprägt ist von mehr Eigenverantwortung, mehr tätiger Solidarität und
Partnerschaft, mehr sozialer Orientierung im eigentlichen Sinn sowie mehr
Bereitschaft, auch solche Lösungen mitzutragen, die von einem selbst Opfer
verlangen.

Was bedeutet das im einzelnen? Es bedeutet zunächst, daß wir uns eindeu-
tig zum Wert der Leistung, die auf Wollen, Können und Fleiß beruht,
bekennen sollten. Wir sollten uns nicht durch die Minderheit von Leistungs-
verweigerern und Wachstumsgegnern das Gegenteil einreden lassen. Lei-
stung hat nach wie vor ihren Sinn. Nur mit Leistung läßt sich Sicherheit
schaffen.

Jeder trägt Mitverantwortung für unsere gemeinsame Zukunft. Nur eine
Reduzierung der Ansprüche und ein sorgsamer Umgang mit der Forderung
nach sozialer Gerechtigkeit vermag den Freiraum zu schaffen, der notwen-
dig ist, um Reserven anlegen und echte Zukunftsvorsorge betreiben zu
können. Dem Anspruchsdenken gerade im sozialen Bereich sollten wir den
Gedanken des kategorischen Imperativs entgegenhalten, d. h. jedes Verhal-
ten muß auch gemeinverträglich sein. Jeder sollte sich die Frage stellen:
Kann ich wollen, daß meine Inanspruchnahme sozialer Leistungen als all-
gemeine Handlungsmaxime von jedermann praktiziert wird? Und jeder ist
aufgerufen, auftretende Probleme und Schwierigkeiten zunächst einmal aus
eigener Kraft und aus eigener Initiative anzugehen, statt gleich mit Hilfsap-
pellen zum Staat zu laufen.

Der Dialog zwischen den Gruppen darf nicht abreißen. Unterschiedliche
Interessen dürfen nicht das Verständnis füreinander und die Mitverantwor-

tung für das Gemeinwohl zerstören. Jeder Realist muß heute erkennen, daß der Verteilungsspielraum nicht gestiegen, sondern – bei schrumpfendem Sozialprodukt – insgesamt vermindert ist. Bereits die „Besitzstandswahrung“ bedeutet im Grunde, daß der Anteil anderer Gruppen am Sozialprodukt zurückgehen muß.

Eine humane Leistungsgesellschaft braucht das Gleichgewicht von Leistung und Lohn. Aber das Entgelt darf nicht zum alleinigen Leistungsmotiv werden. Daneben muß es auch die Bereitschaft geben, sich einer Sache, einer Idee eines Menschen wegen zu engagieren. Dies darf nicht als Angelegenheit von „versponnenen“ Idealisten und Außenseitern betrachtet werden, denen die rechte ökonomische Orientierung fehlt.

Die Unternehmensleitungen sollten alles daran setzen, ihre Mitarbeiter noch besser zu informieren und zu motivieren. Der Mitarbeiter soll spüren, daß er nicht nur ein anonymes Rädchen im Getriebe ist, daß er nicht bloß seinen Lohn bekommt wie die Maschine Strom und Schmieröl. Er muß bewußt das Unternehmen mittragen und auch die Sorgen und Probleme der Unternehmensleitung teilen können. Er muß spüren, daß seine Leistung und sein Engagement für den Erfolg ebenso wichtig sind wie die des Unternehmers. Insgesamt muß also eine Wirtschaftsgesinnung wieder zur Geltung kommen, wie sie die Soziale Marktwirtschaft eigentlich voraussetzt. Sie versteht sich eben als Wirtschaftsordnung, die getragen ist vom Geist des Miteinander, des Nebeneinander und Füreinander.

Mit dieser Position deckt sich unsere Wirtschaftsordnung übrigens auch voll mit der katholischen Soziallehre. Erst im September dieses Jahres hat Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Laborem exercens“ erneut deutlich gemacht, daß es Kennzeichen der Arbeit sein soll, als soziale Integrationskraft zu wirken, die Menschen zu einen und die Gemeinschaft zu festigen. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft hat also eine starke ethisch-moralische Komponente. Sie ist von christlichen Wertvorstellungen geprägt. Dieser Umstand ist in den letzten Jahren vielleicht etwas in Vergessenheit geraten. Umso mehr gilt es, diesen Aspekt unserer Wirtschaftsordnung wieder stärker sichtbar zu machen und ihm mehr Einfluß einzuräumen. Das Verhältnis des Menschen zu seiner Zukunft hat ja immer auch eine sittliche, eine religiöse Dimension. Der Glaube kann helfen, Zukunftsangst zu überwinden, und die Orientierung an einer klaren Wertordnung erleichtert es, sich auch in einer schwierigen Gegenwart und angesichts einer ungewissen Zukunft im Leben zurechtzufinden.

Zur Person des Verfassers

Anton Jaumann, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr; Vorsitzender der Länder-Wirtschaftsministerkonferenz.